

Ammerlander Gespräch

16.10.2012, 08:30 Uhr

Appell für mehr Verantwortung

von Maria Lettl-Schröder

Der Studienkreis für Tourismus und Entwicklung beleuchtete: „Menschenrechte im Tourismus – Urlaub ohne Fragezeichen?“ Fazit: Dem guten Willen müssten Taten folgen.



Wie sind die Arbeitsbedingungen?
Veranstalter übernehmen Verantwortung
im Tourismus.
Foto: Creatas

Ökologisch. Sozial. Fair. Was eine bayerische Backfirma für sich so knackig reklamiert, passt auch in der Ferienbranche. Zumindest Umweltbewusstsein ist im touristischen Betrieb meist selbstverständlich. Schließlich möchte der Urlauber sich den Strand nicht mit Müllhaufen teilen. Aber bis heute ist sich die Reisebranche uneinig darüber, ob und wie sie politisch wahrgenommen werden möchte. Die Urlaubslaune könnte getrübt, die Buchungsbereitschaft untergraben werden. Macht sich die Branche deshalb „politisch klein wie eine Maus“, wie ein Gast meinte? Das fragten sich die Teilnehmer des 19. Ammerlander Gesprächs vom Studienkreis für Tourismus und Entwicklung im oberbayerischen Sachsenkam. Seit 1994 wird einmal im Jahr in einem kleinen vertrauensvollen Rahmen ein offener Dialog geführt über aktuelle und brisante Themen touristischer Entwicklung.

Ganz im luftleeren Raum diskutierten die Teilnehmer nicht. Immerhin gibt der von den Vereinten Nationen herausgegebenen Ruggie Report verbindliche – und praktikable – Leitlinien für Unternehmen und Regierungen vor für mehr Menschenrechte im Tourismus. Hinzu kommt die Forderung von Amnesty International, nicht nur für das Kernprodukt, sondern sich auch für die Wertschöpfungskette verantwortlich zu zeigen. Die Hauptverantwortung trügen zwar die jeweiligen Staaten, die entsprechende Regelungen schaffen müssten. Generell aber sollten sich Politik und Unternehmen gegenseitig anstoßen, so Amnesty.

Sind Veranstalter mit ethischen Forderungen überfordert?

In der Diskussion wurden unterschiedliche Positionen deutlich. So hält es ein Türkei-Anbieter schlicht für nicht praktikabel, Einkäufern bestimmte Regeln vorzugeben. Das könne die Branche angesichts des Preisdrucks nicht leisten. Die Gegenmeinung: Jeder der etwas verkauft, muss klären, dass er nicht „ein sozial kontaminiertes Produkt“ verkaufe. Überdies sei es durchaus möglich, in Agenturverträgen und für Einkäufer sozialverträgliche Regeln festzuschreiben. Die Touristik-Unternehmen trügen Verantwortung, und Anbieter von Studienreisen und sozialverträglichem Tourismus nähmen diese auch an. Außerdem zeige die Diskussion um soziale Verantwortung von Unternehmen generell, dass soziales und menschenrechtsbezogenes Engagement nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen müsse.

Im Gegenteil. Die Kunden forderten es sogar ein. Ein kleiner Anbieter erzählte das Beispiel seiner Reisegäste, die die lange Arbeitszeit von Albanern in einem Hotel in Griechenland kritisierten. Der Veranstalter änderte daraufhin sein Arrangement, um den Beschäftigten einen freien Tag pro Woche zu ermöglichen.

Bekanntnis zu Menschenrechten als Unternehmensleitbild

Manche Touristiker bekennen sich nicht nur im Unternehmensleitbild ohne Wenn und Aber zu Menschenrechten. Sie machen eine Bestandsaufnahme, holen die Reiseleiter ins Boot und definieren Handlungsfelder. Das können etwa Arbeitsbedingungen von Busfahrern, Agentur- und Hotelangestellten sein, um Kinderschutz, um die Rechte von Minderheiten. Denn, so ein Veranstalterchef: „Man kauft uns nicht mehr das Bounty-Feeling der Traumstrände ab.“ Es gehe um ein differenzierteres Bild vom Urlaub.

Die Installierung und Kontrolle der ethischen Vorgaben sei nicht schwierig, meinte ein führender Anbieter. Doch jetzt gehe man an die Inhalte heran, und da werde es aufwändig. Nötig wäre, dass die Branche dabei gemeinsam handele.

Von Amnesty International spannt man den Bogen noch weiter bis hin zu Problemen mit Land- und Wasserrechten. So gebe es rechtswidrige Zwangsräumungen, um Tourismus-Projekte zu verwirklichen. Mit

verheerenden Folgen für Vertriebene, die Wohnung und Arbeit verlieren.

Es ging auch um die Frage, ob man eigentlich in Diktaturen Reisen anbieten soll? Darf man nach Nordkorea fahren? Einen Boykott lehnten die meisten Teilnehmer, auch Amnesty, generell ab. Denn der Tourismus habe ja Potenzial, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.

Es zeigte sich, dass es schwierig wird, Grenzen zu ziehen. Denn was ist mit den USA, in denen die Todesstrafe vollstreckt wird? Was mit Ländern, die mit Waffen handeln? Durch Tourismus-Verbot könne man schließlich keine Menschenrechtsverletzungen verhindern, so ein Hochschullehrer. Genau hinschauen aber kann der Veranstalter – und sich seiner Verantwortung stellen.

Quelle: <http://www.fvw.de/appell-fuer-mehr-verantwortung/393/110576/11180>

© 2012 Verlag Dieter Niedecken GmbH, Alle Rechte vorbehalten